

Hilfen für Landwirte

Kreis Karlsruhe (BNN). Im Februar hatten sich Natur- und Umweltschutzverbände in und um Karlsruhe mit einer Resolution zum Thema „Insektensterben/Vogelschwund“ an die Abgeordneten aus Stadt- und Landkreis Karlsruhe gewandt. Darin wurden sie aufgefordert, Maßnahmen zur Förderung der biologischen Vielfalt umzusetzen und das Thema bei allen relevanten Entscheidungen in Landwirtschafts- und Naturschutzpolitik im Blick zu haben.

In einem gemeinsamen Antwortschreiben haben nun die fünf Abgeordneten der Grünen, die Bundestagsabgeordnete Sylvia-Kotting-Uhl und die Landtagsabgeordneten Bettina Lisbach, Barbara Saebel, Alexander Salomon und Andrea Schwarz reagiert: „Wir teilen die Sorge der Naturschutzorganisationen um die Insekten und Vogelbestände und setzen uns auf allen politischen Ebenen konsequent für Erhalt und Förderung der biologischen Vielfalt ein.“

So fordert die Grüne Bundestagsfraktion ein wirksames Programm zur Reduktion von Pestiziden. Die Landwirt-

Grüne Abgeordnete reagieren auf Resolution

schaft müsse dabei unterstützt werden, so schnell und weitgehend wie möglich ohne Pestizide auszukommen.

„Insbesondere müssen konkrete Ansätze für einen Ausstieg aus der Nutzung der Neonikotinoide entwickelt und ein Maßnahmenpaket zur Beendigung des Einsatzes von Glyphosat in der Landwirtschaft erarbeitet werden“, so Kotting-Uhl.

„Im Land konnten wir auch 2017 wieder zusätzliche Haushaltsmittel zur Stärkung des Naturschutzes durchsetzen“, betont Bettina Lisbach, die die Grünen im Umweltausschuss des Landtags vertritt. „Damit soll die wichtige Arbeit der Landschaftserhaltungsverbände gestärkt und die Umsetzung der Managementpläne für Natura 2000-Gebiete vorangebracht werden.“

In den vergangenen Jahren sei es zudem gelungen, den Umfang an ökologisch bewirtschafteten Flächen in Baden-Württemberg um rund 15 Prozent zu erhöhen.

In den Kommunen seien der Erhalt von Freiflächen im Außenbereich und flächensparendes, verdichtetes Bauen im Innenbereich wichtig, eine naturnahe Durchgrünung der Quartiere und der Verzicht auf den Pestizideinsatz in öffentlichen Grünflächen.